



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Klaus Holetschek, Michael Hofmann, Tanja Schorer-Dremel, Josef Zellmeier, Petra Högl, Werner Stieglitz, Daniel Artmann, Barbara Becker, Maximilian Böttl, Leo Dietz, Kristan Freiherr von Waldenfels, Sebastian Friesinger, Patrick Grossmann, Manuel Knoll, Harald Kühn, Dr. Petra Loibl, Thomas Pirner, Sascha Schnürer, Thorsten Schwab CSU,**

Florian Streibl, Felix Locke, Bernhard Pohl, Tobias Beck, Martin Behringer, Dr. Martin Brunnhuber, Susann Enders, Stefan Frühbeißer, Johann Groß, Wolfgang Hauber, Bernhard Heinisch, Alexander Hold, Marina Jakob, Michael Koller, Nikolaus Kraus, Josef Lausch, Christian Lindinger, Rainer Ludwig, Ulrike Müller, Prof. Dr. Michael Piazzolo, Julian Preidl, Anton Rittel, Markus Saller, Martin Scharf, Werner Schießl, Gabi Schmidt, Roswitha Toso, Roland Weigert, Jutta Widmann, Benno Zierer, Felix Freiherr von Zobel, Thomas Zöllner und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Projektstudie zu Kreis-Energiegesellschaften in Bayern
(Kap. 08 03 Tit. 533 87)**

Der Landtag wolle beschließen:

Im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 wird folgende Änderung vorgenommen:

In Kap. 08 03 wird der Ansatz im Tit. 533 87 (Ausgaben für Vorarbeiten) für das Jahr 2024 von 0 Euro um 300,0 Tsd. Euro auf 300,0 Tsd. Euro erhöht.

Zur Deckung wird in Kap. 13 02 Tit. 893 06 der Ansatz für das Jahr 2024 um 300,0 Tsd. Euro gekürzt.

Begründung:

Im Sinne einer nachhaltigen Entwicklung einer Region und der Sicherung der Daseinsvorsorge beschäftigen sich sowohl die Bevölkerung als auch die kommunalen Verwaltungen insbesondere mit den Themenfeldern Energiewende, Umweltschutz, Digitalisierung und regionale Wertschöpfung. Kommunale Gebietskörperschaften, insbesondere im ländlichen Raum, stehen mit der gesellschaftlich geforderten und notwendigen Digitalisierung sowie Dekarbonisierung vor großen Herausforderungen.

Die Idee eines Stadtwerks soll mit einer Projektstudie auf kleinere und ländliche Gemeinden übertragen werden, indem sich Kommunen zusammenschließen, um eine gemeinsame Energiegesellschaft zu gründen. So können die Bedürfnisse der Bürger stärker berücksichtigt und die Wertschöpfung vor Ort gesichert werden. Auch werden die Kosten und Risiken des Unternehmens auf mehreren kommunalen Schultern verteilt.

Eine zentrale Service-Gesellschaft würde wichtige Aufgaben der einzelnen Energiegesellschaften übernehmen können. Konkret geht es darum, den Gründungsprozess für Kommunen und Landkreise zu erleichtern (Gründungsberatung auf Basis vergleichbarer Erfahrungswerte, Marketingmaßnahmen, Beratung und digitale Werkzeuge). Diese verschiedenen Projektteile sollen einen skalierbaren Ansatz enthalten, um die Gründung interkommunaler Energiegesellschaften in Bayern zu erleichtern.